

Für ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage um 5 Uhr Nachmittags. Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Kgl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserationsgebühr 1 Sgr. pro Zeile oder deren Raum. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Kretzschmar, Kurstraße Nr. 50, in Leipzig: Heinrich Häbner; in Altona: Haasenstein u. Vogler; in Hamburg: J. Lütkeim.

Danziger



Zeitung.

Organ für West- und Ostpreußen.

(W. G. B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Pesth, 16. Mai. In der heutigen Sitzung des Unterhauses hielt der Redner der ultra-magyarischen Partei, Tiffa Koloman, in seiner gelegentlich der Aorezdebatte gehaltenen Rede eine Vermittelung für unmöglich, weil die österreichische Regierung die Rechte Ungarns leugne. Ein freies Ungarn sei im Interesse Europas, Deutschlands, der Civilisation. Er wolle keine Adresse, bis die pragmatische Sanction vollkommen anerkannt sei, und stimmt für eine Resolution, welche den Deak'schen Antrag mit einigen Erweiterungen enthalten solle. Der Redner erhielt mäßigen Beifall. Szalohy erklärte persönliche Sympathien für die Deutschen zu haben. Oesterreich solle die römisch-kaiserlichen Reminiscenzen aufgeben, dem italienischen Einflusse keine weiteren Opfer bringen und in Ungarn den monarchischen Schwerpunkt suchen. Der Redner schloß mit einem Antrage auf eine Adresse und erhielt großen Beifall. Barady sprach für eine Resolution und gegen die Adresse. Rudolph Rubrinyi führte triftige Gründe für eine Adresse an. Franz Rubrinyi wünschte die Thronentsagung des Königs Ferdinand und des Erzherzogs Franz und beantragte eine Dankadresse für die gute Behandlung der Flüchtlinge an den Sultan, an die Schweiz, an England und Amerika. Bartal meinte, die Regierung, welche dem Auslande gegenüber auf dem Boden der Legitimität stehe, solle auch Ungarn gegenüber Legitimität befolgen und das der Dynastie gefährliche Opportunitätsprinzip aufgeben. Er stimmte für eine Adresse.

Frankfurt a. M., 16. Mai. In der heutigen Sitzung des Bundestages wurde durch den Bevollmächtigten des Herzogs von Coburg-Gotha die Entscheidung des Darmstädter Antrages gegen den Nationalverein urgirt. Bezüglich des Antrages Preußens wegen des Oberbefehls der Bundesarmee, wurde von Oesterreich eine abweichende Erklärung abgegeben.

London, 16. Mai. Die Bank von England hat den Disconto von 5 auf 6 pCt. erhöht.

Paris, 16. Mai, Morgens. In der gestrigen Sitzung des Senats erklärte Villault, Frankreich werde, da England eine Verlängerung der Occupation Syriens nicht wolle, dasselbe am 5. Juni räumen. Sollte der Abgang der Truppen betauerliche Konsequenzen haben, so werde dies in der Mißachtung der französischen Rathschläge seinen Grund haben. Europa wolle die Räumung, nicht Frankreich. Der Minister theilt mit, daß nach dem Abgange der Truppen sechs französische Schiffe in den Gewässern von Beyruth kreuzen werden und hofft, daß diese den Meuchlern Schrecken einflößen werden. England, welches dies wisse, schließt sich Frankreich an. Seine Flagge werde neben denen Frankreichs und Rußlands wehen. Sollte die Nothwendigkeit es erheischen, so werde man andere Maßregeln treffen. Nach Vorlesung des Throuvenel'schen Circulars vom 3. Mai fügt Villault hinzu, Frankreich sei von dem europäischen Mandate befreit, habe aber seine ganze persönliche Freiheit wiedererlangt. Der Senat votirte die Tagesordnung.

Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Marseille vom gestrigen Tage melden Beyruther Briefe einen Angriff auf französische Soldaten. Die schuldigen Türken erhielten vor den Truppen die Bastonade.

Paris, 15. Mai. (S. N.) Der neuernannte Gesandte der vereinigten Staaten für Turin, Marsh, ist hier eingetroffen, um sich nach Italien zu begeben. — Die Banquiers Pereire, Hottinguer und Cellier sind wegen einer bedeutenden Finanz-Angelegenheit nach Rußland berufen.

Paris, 15. Mai. (S. N.) Das Gerücht von dem Rücktritte des Kriegsministers Fanti erhält sich. Als Nachfolger desselben nennt man neben dem General Cuggia die Generale Petinengo und La Rovere.

Paris, 15. Mai. (S. N.) In den türkischen Provinzen löst die Annahme des Papiergeldes auf Schwierigkeiten. In Konstantinopel haben blutige Schlägereien zwischen Griechen und Bulgaren stattgefunden. Die Unterzeichnung des türkisch-englischen Handelsvertrages durch Sir Henry Bulwer steht bevor.

Die „deutschen Landwirthe“ in Posen und der Nationalverein.

Aus der Provinz erhalten wir so eben folgendes Schreiben über die am 1. Mai zu Posen stattgehabte Generalversammlung der deutschen Landwirthe in Posen. (S. Danz. Ztg. No. 898.): Herr Redacteur! Die Einladung zu einer in den letzten Tagen des Juli in Danzig abzuhaltenden größeren Versammlung der Mitglieder des deutschen Nationalvereins aus den Provinzen Pommern, Posen und Preußen ist mir so eben zugegangen. Bei dem Interesse, welches Ihre Zeitung an dem Verein nimmt, darf ich sicherlich hoffen, daß Sie die Spalten Ihrer Zeitung, nicht etwa einem Bedenken gegen ein Unternehmen, das auch ich mit lebhafter und aufrichtiger Freude begrüße, wohl aber dem Ausdruck einer Besorgniß öffnen werden, die in vielen meiner Freunde durch die Haltung eines der wichtigsten Elemente in der deutschen Bevölkerung der Provinz Posen erregt worden ist. Ich meine jene „deutschen Landwirthe“, welche am 1. Mai d. J., wie die dortige Zeitung berichtet, in der Stadt Posen eine Generalversammlung ihres Vereins abgehalten und sich auf Grund eines, doch nur sich selbst gegebenen,

Mandates „als die Vertreter der deutschen ländlichen Bevölkerung der Provinz“ proclamirt haben. Daß eine als entscheidend zu betrachtende Majorität dieser Bevölkerung ihnen dieses Mandat ausdrücklich oder stillschweigend bestätigen werde, steht glücklicher Weise nicht zu erwarten. Thäte sie es aber, so würde unsere Besorgniß eine um so größere, ja, sie würde eine viel ernstere sein, als alle Bestrebungen der sogenannten polnischen Nationalpartei in der Provinz Posen an sich selber uns einflößen könnten.

Diese „deutschen Landwirthe“ nehmen in ihrem „Programm“ und ihrer „Petition“ einen Standpunkt ein, den wir nicht nur als Mitglieder des deutschen Nationalvereins, sondern den wir überhaupt als Deutsche, den wir mithin als Vertreter einer aufgeklärten und humanen Politik, den wir im Bewußtsein der Würde und, wenn es als ein in sich geeinigtes Volk auftritt, auch der Kraft des deutschen Volkes auf das Entschiedenste bekämpfen müssen.

Den Bestrebungen der specifisch polnischen Partei gegenüber haben alle deutschen Bewohner der Provinz Posen das eine und dasselbe Interesse zu vertreten und, was mehr sagen will, die einen und dieselben Pflichten gegen sich selbst, gegen den preussischen Staat und das gemeinsame deutsche Vaterland zu erfüllen. Zur Erfüllung derjenigen Pflichten, die sie als Deutsche überhaupt, und die sie als deutsche Bewohner der Provinz Posen insbesondere zu erfüllen haben, ist eine Anzahl von Männern in dieser Provinz dem deutschen Nationalverein beigetreten und hat in öffentlichen Versammlungen ein beredtes und würdiges Zeugniß von ihren nationalen Bestrebungen abgelegt. Aber jene Herren schließen da, wo Alles auf die vereinigte Kraft ankommt, sich diesem Vereine nicht an. Auch treten sie nicht als Deutsche überhaupt, sondern speciell nur als „deutsche Landwirthe“ auf.

Inmitten jener großen Bewegung, die aus dem zu voller Lebendigkeit erwachenden nationalen Bewußtsein hervorgegangen, und deren Ziel kein anderes ist, als die Vereinigung des gesammten deutschen Volkes zu einer großen, fest in sich geeinigten politischen Körperschaft, inmitten einer Bewegung, in welche die Erkenntniß der von außen her immer näher bevorstehenden Gefahr selbst diejenigen hineinstreift, die von idealen Bestrebungen nicht allzu leicht sich begeistern lassen: inmitten einer solchen Bewegung zittern diese sich so nennenden „Vertreter der deutschen ländlichen Bevölkerung der Provinz Posen“ nur für sich und ihre Füßen, und haben keinen andern politischen Gedanken, als den, daß der preussische Staat eine Anstalt sei, um mit Geld, mit Bajonetten und mit Polizei die Leute zu schülzen, die sich selbst und überhaupt den Deutschen in ihrer Provinz kein anderes Verdienst um dieselbe und ihre polnischen Bewohner nachzurühmen wissen, als daß sie als bessere Landwirthe „durch eigene Anstrengungen ihren Boden von den früheren Besitzern, welche sich darauf nicht erhalten und denselben durch eigene Kraft nicht wieder gewinnen konnten, erworben“ haben. Und doch fürchten sie, daß die Polen ihn „durch eigene Kraft“ wieder gewinnen möchten. Denn sie bitten, daß die „revolutionären Ideen“, die diese Kraft ihnen verleihen könnten, erstickt werden, daß die Polen aus den Gütern, die sie noch besitzen, mit Staatsgeldern und mit dem Privatvermögen des Adwigs und der Prinzen herausgekauft, und daß, da offenbar diese Mittel erst nach Jahren von Wirksamkeit sein können, die jetzt schon drohenden Gefahren durch Befetzung „sämmlicher Kreisstädte mit deutschen Truppen“ abgewandt werden. Oder sollen vielleicht diese Truppen auch dazu dienen, um die vorgeschlagenen Güterverkäufe erleichtern zu helfen?

Ich verzichte natürlich darauf, das ganze Programm und die ganze Petition zu kritisiren. Die gegebenen Proben reichen aus, um sie vollständig zu charakterisiren. Wohl weiß ich, und ich habe nicht nöthig, Ihnen und Ihren Lesern die Gründe dafür anzuführen, wohl weiß ich, daß die Deutschen in der Provinz Posen das Recht nicht nur, sondern auch die Pflicht haben, den Boden, den sie nicht bloß mit dem Pfluge, und das Land, das sie als Träger deutscher Bildung, deutscher Sitte und deutschen Rechtsinnes zu dem ihrigen gemacht haben, auch mit aller Kraft und gegen die plötzlichen Ausbrüche einer unentschuldbaren Nothheit und eines, wohl zu entschuldigenden, aber doch nimmer zu rechtfertigenden, Fanatismus auch mit gewaffneter Hand zu behaupten. Wären aber — und Gott sei Dank sind sie es nicht — wären aber die deutschen Elemente in dieser Provinz von solcher Art, daß sie mit der landwirthschaftlichen Generalversammlung glauben müßten, sich nur durch eine permanente militärische Occupation und durch eine in Posen vielleicht noch mehr als in manchen andern Provinzen gemißbrauchte Polizeigewalt erhalten zu können: dann freilich würde man der preussischen Regierung in Betreff Posen denselben Rath ertheilen müssen, der den Oesterreichern in Betreff Venetiens gegeben werden muß.

Hoffen wir, daß die Mitglieder des deutschen Nationalvereins in unserer Nachbarprovinz die Wiederholung so schimmer und beschämender Kundgebungen werden zu hintertreiben wissen. Ohne Zweifel werden sie auf dem Danziger Tage nicht verschlen, die Kundgebung der unter den Posener Deutschen herrschenden wahrhaft deutschen Gesinnung im Angesichte des ganzen Vaterlandes zu wiederholen.

Landtags-Verhandlungen.

29. Sitzung des Herren-Hauses am 16. Mai.

Es liegt ein Commissionsbericht über zwei Petitionen wegen Herstellung einer Eisenbahn-Verbindung zwischen Königsberg und Pilsau vor und über zwei andere Petitionen, betreffend den Ausbau einer Eisenbahn auf dem rechten Oder-Ufer. Zu ersteren beiden beantragt die Commission: in Erwägung der Seitens des Handelsministeriums gemachten Eröffnungen über dieselben zur Tagesordnung überzugeben, während sie zu den beiden anderen Petitionen einfach den Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Beide Anträge werden vom Hause ohne jede Discussion angenommen.

Eine Petition des Rittmeisters a. D. Grafen v. Kalkreuth an das Herrenhaus, mit Bezug auf die von Lord Palmerston über den bekannten Fall des Capitans Macdonald im englischen Parlamente gehaltenen Rede sich dahin auszusprechen, daß dasselbe unter Anerkennung der Behauptungen des englischen Ministers das Verfahren der preussischen Regierung mißbillige. Eine so unwürdige Zumuthung glaubt die Commission nur dadurch gebührend zurückweisen zu können, daß sie die betreffende Petition gar nicht betrahtet hat und dem Herrenhause vorschlägt, ebenso zu verfahren. Das Haus entspricht unter Ausdruck der Entrüstung dem Antrage der Commission, worauf der Präsident die Sitzung schließt und zur nächsten nach dem Feste besonders einladen wird.

52. Sitzung des Abgeordneten-Hauses am 16. Mai.

Präsident Herr Dr. Simson.

Das Haus tritt in die neulich unterbrochene Berathung über den Entwurf betreffend die Abänderung und Ergänzung der Städteordnung für die 6 östlichen Provinzen der Monarchie vom 30. Mai 1853. Es sind Änderungsanschläge von den Abgeordneten Waldeck und von Forkenbed eingegangen. Die Discussion beginnt mit § 13.

Herr v. Forkenbed beabsichtigt mit seinem Abänderungsvorschläge die Beseitigung des Dreiklassen-systems, die Wiedereinführung der Wahl nach Bezirken. Das Bedürfniß dazu ist vom Hause im Jahre 1849 bereits anerkannt; Befürchtungen können daran nicht geknüpft werden. Ob arm oder reich, daß jeder Wähler daselbe Interesse, zu Agitationen wird sich der deutsche Bürger nicht hinreißen lassen, dafür bürgen die Erfahrungen seit 50 Jahren.

Herr Reichensperger (Cöln). Man ist überall damit einverstanden, daß das jetzige Wahlsystem mangelhaft ist; um so mehr ist es zu verwundern, daß bis jetzt noch kein besserer Vorschlag gemacht worden ist. Man kann doch einen Versuch machen und die Verbesserung allmählig vornehmen. Auch meinem Vorschlage mögen Bedenken entgegenstehen. Der Hauptbestand ist das Zurückdrängen der zweiten und dritten Klasse; daraus entspringt die Theilnahmlosigkeit der Wähler der 3. Klasse; darum ist ein Zuschub zur ersten Klasse wünschenswerth. Wenn man den Census von 4 auf 2 *fl.* herabsetzt, so wird dem Schlagmerte Plutokratie die Spitze abgebrochen. Im Ganzen genommen bietet die erste Klasse keine so großen politischen Garantien; sachliche Garantien aber giebt die zweite Klasse eher als die erste. Das Gemeinwesen kann man nicht lediglich vom Standpunkte einer Actiengesellschaft aus betrachten und nicht gerade demjenigen, der am meisten zahlt, auch die größten Rechte einräumen. Nicht auf das Zahlen kommt es an, sondern auf das Verhältniß des Zahlens. Wer aus der Hand in den Mund lebt, kommt eher in die Lage, nicht bloß das Nothwendige, sondern auch das Nützliche zu befördern. Wir sind auch hier die Nachahmer von Frankreich geworden, wo die censimes additionnels zu einer großen Schuldenlast geführt haben. Um den Städten einen großartigen Anstrich zu geben, opfert man Tausende und gewöhnt sich daran, Schulden zu machen. Cöln hat nicht weniger als 2 Millionen Thaler Schulden gemacht; diesen Weg muß man verlassen und dies kann geschehen, wenn man der 3. Klasse mehr Einfluß giebt.

Hr. Dr. Waldeck. Zur Rechtfertigung des Forkenbed'schen Amendements mag noch hinzugefügt sein, daß das Wahlsystem im Jahre 1849 octroyirt worden ist; alle Städte verlangen die Abschaffung dieses Systems, das künstlich und irrational ist. Der neuen Einrichtung des Hrn. Reichensperger ist nicht beizustimmen; für das Prinzip würde nichts gewonnen; der Gewinn für die Sache wäre rein zufällig; ein so künstlich eingeschobener Mechanismus würde keine Besserung herbeiführen.

Der Minister des Innern Graf Schwerin. Das Haus ist formell zur Entscheidung über diese Frage berechtigt; die Regierung kann auf Anträge, die Abschaffung des Dreiklassen-systems betreffend, nicht eingehen. Breslau und andere Städte haben sich gegen diese Beseitigung ausgesprochen. Die Regierung will die Verbesserung der Städte-Ordnung herbeiführen; sie kann nur wünschen, daß die Verbesserungen, welche die Zustimmung der drei Factoren der Gesetzgebung haben, ins Leben treten. Die Regierung wird die Hände nicht in den Schoß legen; sie dankt für die eingehenden Erörterungen, welche nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen sind.

Hr. v. Vinde stimmt dem bei, was für die Verwerflichkeit des Dreiklassen-systems gesagt worden; da aber eine Uebereinstimmung nicht erreicht werden kann, so muß man sich jetzt gegen die Amendements erklären.

Hr. v. Forkenbed. Alle mittleren und kleinen Städte verlangen die Abschaffung des Dreiklassen-systems, die Bürger fühlen sich durch dieses System gedrückt. Diese Reform von der Hand weisen, ist ein Mißtrauen gegen die städtische Bevölkerung.

Der Minister des Innern rectificirt, daß nicht alle Städte sich für die Reform ausgesprochen; diese Reform ist nicht zeitgemäß. Es genügt nicht, Mängel anzuerkennen, man muß Besseres an die Stellen zu setzen wissen. Die Discussion über die §§ 13, 15, 16 ist geschlossen.

Der Berichterstatter Herr Dunder (Berlin) freut sich, daß der Minister Alles was hier gesprochen, in Erwägung ziehen werde. Die Geschichte des Dreiklassen-systems ist so dunkel wie die der römischen Wahlen; man ist nicht im Klaren, ob dies System ein Werk von Juristen oder Generalen ist.

Herr Reichensperger zieht sein Amendement in Folge der Erklärung des Ministers zurück.

Bei der Abstimmung wird das Amendement Vinde zum Min. I des § 16 eventuell angenommen. Das Min. heißt: Zum Zweck der Wahl der Stadtverordneten kann jede Stadt, welche mehr als 2000 Einwohner hat, in verschiedene Bezirke getheilt werden. Der § 16 wird eventuell so angenommen; ebenso § 13; ebenso der § 14 nach dem Amendement v. Forkenbed. Zum Zweck der Wahl der Stadtverordneten wird von dem Magistrat eine Liste der stimmfähigen Bürger geführt und alljährlich im Monat Juli berichtet; der § 15 (20 des Herrenhauses) wird auch angenommen und sodann diese §§ 13, 14, 15, 16

